

1 Arbeitskreis Wirtschaft & Finanzen: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit –
2 Handlungs-möglichkeiten in Hamburg

3

4 Der Kreisparteitag möge beschließen:

5 Der Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert bis
6 zum Ende der Legislaturperiode 2020 folgende Maßnahmen zu
7 realisieren:

8 1. Schrittweise Erhöhung des Mindestlohns für Beschäftigte im
9 Öffentlichen Dienst sowie in Einrichtungen und Unternehmen der Stadt
10 auf 12 Euro/Stunde

11 2. Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Einstellungen im
12 Öffentlichen Dienst sowie in Einrichtungen und Unternehmen der Stadt

13 3. Überarbeitung der Hamburger Richtlinien für die Vergabe öffentlicher
14 Aufträge, damit Tariftreue-Regelungen verstärkt zur Geltung kommen

15 4. Erhöhung der Zahl der Fallmanager für Langzeitarbeitslose im
16 Jobcenter

17 5. Keine Aufforderung an Sozialleistungsbezieher, ihre „Kosten der
18 Unterkunft“ durch einen Umzug zu senken, wenn ihre Miete die
19 Richtwerte übersteigt

20 6. Freier Eintritt in Museen und anderen Kultureinrichtungen für
21 Menschen mit niedrigem Einkommen an festen Tagen im Monat

22 7. Wiedereinführung eines Sozialtickets beim HVV

23 8. Erprobung des „Housing-First-Konzepts“ – neue Wege aus der
24 Obdachlosigkeit auch in Hamburg.

25 Begründung:

26 In unserem Bundestagswahlprogramm (Regierungsprogramm der SPD
27 2017 bis 2021) haben wir Ziele formuliert, die im Koalitionsvertrag mit
28 der CDU/CSU nur teilweise oder gar nicht durchgesetzt werden konnten.

29 Dies verstehen wir als Herausforderung und Verpflichtung, unsere Ziele
30 dort, wo wir selbst Verantwortung tragen und eigene
31 Handlungsmöglichkeiten haben, beispielhaft umzusetzen. Das ist für uns
32 ein entscheidender Weg, um verloren gegangenes Vertrauen in breiten
33 Bevölkerungsschichten durch tatkräftiges Handeln zurückzugewinnen
34 und die Grundwerte unserer Politik überzeugend zu vermitteln.